



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24834 - 33  
Fernschreiber 0896890

P/XII/272 - 28. November 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

Auf dem Höhepunkt des Durcheinanders	S. 1
Zur Reform der Krankenversicherung	S. 3
Militärbaustelle Schleswig-Holstein	S. 5
Hertna Gotthelf an Frau Dr. M.E. Lüders, MdB.	S. 7

## NATO-Konferenz ... aber wie ?

sp. - Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, ist noch nicht bekannt, ob und - wenn ja - in welcher Form die Konferenz der NATO-Regierungschefs Mitte Dezember in Paris stattfinden wird. Der Gesundheitszustand Eisenhower's scheint es diesem nicht zu erlauben, an der Konferenz teilzunehmen. Aber ganz offensichtlich herrscht nicht nur wegen der plötzlichen Erkrankung des amerikanischen Präsidenten ein Höchstmass von Verwirrung im westlichen Lager, sondern auch wegen der in Paris zu fassenden oder nicht zu fassenden Beschlüsse. Hier geht nämlich alles durcheinander.

Während man noch vor 14 Tagen im Pariser NATO-Hauptquartier hören konnte, die Regierungschefs würden im Dezember u.a. auch über die Einrichtung atomarer Abschussbasen in allen NATO-Mitgliedsstaaten beraten und beschliessen, will jetzt plötzlich niemand mehr etwas davon wissen. Es heisst vielmehr, man könne in Paris allenfalls "über dieses Problem reden".

Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Zunächst haben die sozialdemokratisch regierten Länder Norwegen und Dänemark erklärt, sie wünschten weder Atomwaffen, noch atomare Abschussbasen. In Westdeutschland hat sich die Opposition ganz eindeutig gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und für die Schaffung eines atomwaffenfreien Raumes in Europa ausgesprochen. Die britische Labour-Party teilt diese Auffassung der deutschen Sozialdemokraten. Aber auch in anderen politischen Kreisen Englands sind starke Zweifel darüber laut geworden, ob es sinn- und zweckmässig sei, die atomare Bewaffnung über die USA und Grossbritannien hinaus auf die Staaten des europäischen Kontinents auszudehnen. Frankreich dagegen, das gern die kontinentaleuropäische Atommacht werden möchte, fühlt sich in seinem Prestige verletzt und sucht einen Ausweg aus der ihm peinlich erscheinenden Situation, von der USA und Grossbritannien nicht als absolut zuverlässige Grossmacht betrachtet zu werden. Die Benelux-Staaten haben sich noch nicht zur Frage der atomaren Bewaffnung geäussert. Immerhin ist bekannt geworden, dass besonders

in Belgien starke Bedenken dagegen geäußert werden.

Jetzt platzt auch noch der konservative britische "Daily Telegraph" hinein und fordert sehr scharf und dringend eine Vertagung der für Dezember in Aussicht genommenen Pariser NATO-Konferenz. Man muss sich vergegenwärtigen, was dies bedeutet. Die grösste konservative Zeitung Englands greift die konservative Regierung wegen deren Bemühungen an, die Pariser Konferenz trotz des unübersichtlichen Wirrwarrs zustande zu bringen! "Daily Telegraph" meint, dass diese Konferenz nur die Uneinigkeit und Verwirrung des Westens zum Ausdruck bringen könne ...

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass aus Paris jetzt die Anregung kommt, man solle zwar die NATO-Konferenz veranstalten, aber sich auf eine Diskussion über die "gemeinsame Grundlagenforschung" für die Entwicklung der Atomenergie und deren Verwertung auch für militärische Zwecke beschränken. Dass die Franzosen hierbei besonders an die Gemeinsamkeit der sechs Montanunion-Länder denken, ist beinahe eine Selbstverständlichkeit. Hier entsteht nun die Frage nach dem Schicksal von "Euratom", jener europäischen Atomgemeinschaft, die nach dem Willen ihrer Väter ursprünglich nur der Entwicklung und Verwendung von Atomenergie zu friedlichen Zwecken dienen sollte.

Die Bundesregierung steht dieser Entwicklung, im Augenblick wenigstens, ratlos gegenüber. Der Blitzbesuch Aussenministers von Brentano in Washington hat keine Klärung gebracht und ob Bundeskanzler Adenauer bereit ist, gemeinsam mit Paris gegen die von den USA und Grossbritannien bereits bezogene Sonderstellung im Rahmen der NATO-Staaten anzutreten, ist mehr als fraglich. Wie es heisst, soll Dr. Adenauer diese Sonderstellung bereits als eine "politische Realität" anerkannt haben.

Wohl selten hat sich der Westen in den vergangenen Jahren in einer so ungeklärten Situation befunden. Hier zeigt es sich, was dabei herauskommt, wenn man Politik fast ausschliesslich unter Berücksichtigung rein militärischer Faktoren macht. Die Ausserachtlassung politischer Gegebenheiten rächt sich jetzt bitter. Der militärische Ubereifer derjenigen europäischen und amerikanischen Politiker, denen nicht bewusst zu sein scheint, dass man bei der heutigen Entwicklung der entsetzlichen Vernichtungswaffen die politischen Probleme der Gegenwart nicht mit militärischen Mitteln lösen kann, hat uns an diesen Punkt gebracht. Würde man diese Leute weiter allein unter sich lassen, dann hätten sie wahrscheinlich der Welt kein anderes "Rezept" zur Lösung der politischen Probleme vorzuschlagen, als die Fortsetzung des atomaren Wettrüstens. Die Eingeleisigkeit ihres Denkens ist gleichbedeutend mit der Vorbereitung militärischer und politischer Katastrophen. Die UEO, in der West und Ost am Verhandlungstisch sitzen, wäre die geeignete Plattform, von der aus man versuchen könnte, aus der rein militärischen Betrachtungsweise der Weltprobleme herauszukommen.

Vielleicht hat das die Welt jetzt endlich begriffen. Der hervorragende amerikanische Politiker und frühere Botschafter der USA in Moskau, George Kennan, hat durch seine Vorträge in London den Ausweg gezeigt. Kennan steht nicht allein!

### Reform auf breiter Grundlage ?

nn- Bedingt durch die Grippewelle ist die Mehrzahl der gesetzlichen sozialen Krankenkassen in eine ernsthafte finanzielle Schwierigkeit geraten. Bei vielen Ortskrankenkassen stieg der Stand der Krankmeldungen und die Zahl derer, die Barleistungen beanspruchten, gegenüber normalen Zeiten um annähernd das dreifache. Einige der Ortskrankenkassen mussten, trotz vorgenommener Beitragserhöhungen, auf ihre Rücklagen zurückgreifen und wurden in hohem Masse illiquid. Dieser Umstand wird hier und dort dazu benutzt, um gegen die Arbeiter den Vorwurf zu erheben, sie missbrauchten das kürzlich verabschiedete Gesetz über die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter im Krankheitsfall. Einsichtige Stimmen hingegen warnen davor, die Auswirkungen des Verbesserungsgesetzes schon nach dreimonatiger Anlaufzeit beurteilen zu wollen.

Im Hinblick auf die Absicht, die Reform der Krankenversicherung in der dritten Legislaturperiode durchführen zu wollen, könnte man es nur begrüßen, dass wenigstens diesmal auf eine gründliche Beratung der entsprechenden Gesetzesgrundlagen nicht verzichtet wird.

Vor einigen Tagen äusserte sich jetzt auch der Generalsekretär für die Sozialreform beim Bundesarbeitsministerium, Dr. Jantz, zur Reform der Krankenversicherung. Nach seiner Ansicht sei es allen an der Reform Beteiligten offenkundig, dass die Neugestaltung des Rechts der Krankenversicherung eine Fülle von Problemen aufwerfe und man sagen könne, dass diese Reform vielleicht in noch stärkerer Masse als die Reform der Rentenversicherung in Spannungsfelder sozialpolitischen Geschehens führe. Dr. Jantz meinte, dass der Versicherte nicht als "Betreuungsobjekt" zu betrachten ist.

Wer immer sich mit sozialpolitischen Fragen beschäftigt, dürfte erstaunt sein, dass Dr. Jantz sich jetzt dafür einsetzt, dass vor der Aufstellung normierter Gesetzentwürfe eine breit angelegte Aussprache über Grundsatzfragen der Reform der Krankenversicherung möglichst umgehend eingeleitet wird. Die Ereignisse aber, die zur Verabschiedung der Rentengesetze führten, mahnen zu weitgehender Vorsicht gegenüber der Ankündigung von Dr. Jantz.

Das Bundesarbeitsministerium hatte seinerzeit nach dem Einbringen des SPD-Entwurfs für die Neuordnung der Rentenversicherung einen Tag später den sogenannten Grundentwurf des Bundesarbeitsministeriums veröffentlicht. Dieser Entwurf war weder vollständig noch durch das Bundeskabinett gebilligt worden. Im Verlaufe der später stattgefundenen Auseinandersetzungen hat dann die CDU/CSU wenig Neigung an den Tag gelegt, auf Ratschläge oder gar Empfehlungen der Sachverständigen zu hören. Die bei den Rentengesetzen aufgetretenen Mängel hätten vermieden werden können, wenn das Bundesarbeitsministerium beispielsweise den Empfehlungen des Beirates für die soziale Neuordnung gefolgt wäre. Es ist erschütternd, zu wissen, wie wenig die Grundsatzarbeit dieses kompetenten Gremiums von der Bundesregierung damals beachtet wurde. Erst noch im August dieses Jahres, so konnte jeder Eingeweihte erfahren, sprach sich die Bundesregierung zum Beispiel gegen den vom Beirat vorgeschlagenen Weg einer weitgehenden Planung des Krankenhauswesens aus. Wie es damals hiess, hatte sich die Bundesregierung dahingehend entschieden, dass die Kosten der Krankenhäuser grundsätzlich durch den Pflegesatz abgegolten werden sollten, obwohl der Beirat, im Zusammenhang mit dieser Fragenkomplex, vom Krankenhaus als einer öffentlichen Aufgabe sprach. Der damalige Vizepräsident Blücher war es dem Vernehmen nach, der die Meinung vertrat, dass sich durch eine solche Regelung über den Pflegesatz die Krankenkassenbeiträge nur um ca. 0,42% erhöhen würden.

Die bisherige Haltung der Bundesregierung in Bezug auf die Berücksichtigung der Ratschläge von Sachverständigen steht also im krassen Widerspruch zu den Wünschen des Generalsekretärs für die Sozialreform. Die Haltung der Regierung lässt das schlimmste befürchten. Die CDU/CSU hat ja schon des öfteren darauf hingewiesen, dass sie sich auch nicht durch den grösseren Sachverstand von ihrer politischen Richtung abbringen lasse. Als Ergebnis solcher Meinungen haben wir dann unzulängliche Regelungen wie etwa die des Kindergeldgesetzes erlebt. Man fragt sich da zu Recht, was Dr. Jantz mit seiner Ankündigung über eine Grundsatzaussprache auf breiter Basis beabsichtigte. Sollte seine Anregung der Einsicht der letzten Monate oder den Erfahrungen mit der Rentengesetzgebung entsprungen sein?

### Milliarden-Investitionen

mu- Die Aufrüstung in Schleswig-Holstein überschreitet alles bisher Dagewesene und kann auch nicht mehr mit den Vorgängen vor dem letzten Krieg verglichen werden. Ganz Schleswig-Holstein wird immer stärker zu einer einzigen militärischen Baustelle. Es ist dabei, das, was die Amerikaner in der Pfalz durchführten, in den Schatten zu stellen.

In diesen Wochen wird im Norden die zweite Phase der militärischen Aufrüstung sichtbar, die mit der Vorbereitung einer Integration des Wehrbereiches I in die NATO-Region Nord zusammenfällt. Alle militärischen Bauten, die geplant oder bereits begonnen worden sind, laufen darauf hinaus, die skandinavische Südflanke im Norden Schleswig-Holsteins abzuschirmen. Der Wehrbereich I bekommt ein vom Bundesgebiet abgewandtes Gesicht. Er soll als einziger Militärbezirk nicht nur befehligsmässig, sondern auch in der Gestaltung der gesamten militärischen Anlagen den Bedürfnissen der NATO-Region Rechnung tragen.

Kurz gesagt: An der Ostseeküste werden Vorbereitungen getroffen, um Invasionen abzuwehren, zwischen Flensburg und Kiel konzentrieren sich Flottenbasen, im Norden werden fern der Zonengrenze Flugplatzketten installiert und in der Mitte des Landes etablieren sich Panzerverbände.

Die Gesamtkosten der jetzt im Anlaufen begriffenen militärischen Massnahmen belaufen sich auf eine Milliarde DM, womit, wenn diese Rechnung erlaubt ist, über 100 000 Komfortwohnungen gebaut werden könnten. Mit einem Schlage liesse sich der gesamte Fehlbedarf an Wohnungen, den Schleswig-Holstein in sechs bis sieben Jahren abzudecken hofft, bewältigen.

Für rund 400 Millionen DM werden an der sehr kurzen Küste zwischen Kiel und Flensburg Kriegshäfen gebaut. Für die schnellen kleinen Einheiten der Bundeswehr entstehen hier, möglichst draussen an der frei-

an Küste, hochmoderne Häfen, Radarstationen, Munitions- und Torpedolager. Die Hauptaufgabe der westdeutschen Ostseeflotte soll schliesslich darin bestehen, die Beltausgänge abzuschirmen.

Ein eigener NATO-Stab hat sich inzwischen unter dem britischen Admiral Campbell-Walter in Kiel-Holtensau niedergelassen. Dieser Stab soll zu einer hohen NATO-Kommandostelle erhoben werden, der Luft-, See- und Landstreitkräfte von Dänemark, Frankreich, England, Amerika und der Bundesrepublik allein für den Zweck unterstellt werden sollen, die Ostsee-Ausgänge Dänemarks in die Nordsee abzuriegeln.

Für weitere 400 Millionen DM sind Kasernenzentren oft in Schnellbauweise für rund 20 Garnisonen im Bau. Dabei entsteht in Krummhorn ein Truppenzentrum auf einer Gesamtfläche von 51 Hektar als umfangreichster Kasernenkomplex für Panzertruppen und Panzergrenadiere. Jede der 23 Bataillionskasernen wird allein über 17 Millionen DM kosten und schätzungsweise 250 Hektar Land beanspruchen. Die Bodenpreise haben bereits jetzt einen nie gekannten Hochstand erreicht.

Nördlich des Nord-Ostsee-Kanals sollen von den 29 für die Bundesrepublik vorgesehenen NATO-Grossflugplätzen allein sechs errichtet werden, und zwar für Düsenmaschinen mit über drei Kilometer langen Startbahnen. Die Plätze sollen an eine NATO-Treibstoffleitung angeschlossen werden, die von Frederikshavn (Dänemark) nach Schleswig-Holstein verlegt werden soll. Weiter ist beabsichtigt, fünf Flugplätze mit 1 200 m langen Startbahnen zu bauen. Das gesamte Flugplatzprogramm wird rund 100 Millionen DM verschlingen.

Ausserdem wird der grösste NATO-Flakschiessplatz Europas in Tondorf an der Ostsee gegenwärtig erweitert. Hier muss ein gesamtes Dorf mit 100 Einwohnern weichen. Der grosse Panzerübungsplatz in Putlos soll einer der grossen Raketenschiessplätze der Bundeswehr werden. Hier wurde seinerzeit bereits die Panzerabwehrrakete SS 10 vorgeführt.

Die Kosten für die Panzer-, Flotten- und Flugzeugmassierungen, also für das rollende, fliegende und schwimmende Gerät, das einmal in diesen Anlagen in spätestens vier Jahren endgültig stationiert sein soll, werden auf nochmals zwei Milliarden DM geschätzt.

28. November 1957

"Gerade die Aufgabe der Frauen"

Das Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstandes,  
Frau Herta Gotthelf, hat folgendes Schreiben an Frau  
Dr.M.E. Lüders, MdB, gesandt:

Liebe Frau Dr. Lüders!

Mit grosser Freude las ich Ihren Aufruf in der Presse an die Frauen  
der Welt, sich überall, ungeachtet ihrer Parteizugehörigkeit, für die  
Erhaltung des Weltfriedens und für die Überwindung der zur Zeit herr-  
schenden Spannungen zwischen den Machtblöcken einzusetzen.

Die sozialdemokratischen Frauen werden immer und überall diese Bestre-  
bungen unterstützen. Auch wir sind der Meinung, dass es gerade die  
Aufgabe der Frauen sein muss, die Welt aus dem Teufelskreis gegensei-  
tiger militärischer Drohungen und eines Atomwettrüstens herauszuführen.

Wir freuen uns, dass gerade Sie, die Sie die besten Kräfte der deut-  
schen Frauenbewegung und des deutschen demokratischen Wollens ver-  
körnern, diesem Willen der Frauen Ausdruck gegeben haben.

Mit herzlichen Grüssen

Herta Gotthelf"

\* \* \*

"Kosmische Verantwortung"

K.H. Wenn man hierzulande zu hohe Verdienstspannen der Industrie  
ankrangert, wird man an die Verantwortung gegenüber "der Wirtschaft"  
erinnert; ein Bericht über Willkürakte von Hausherrn gegenüber ihren  
Mietern wird als "unverantwortlich" diskriminiert und Bedenken gegen  
die Raketen-Politik der Stärke werden als "voreilig und unangebracht"  
bezeichnet und man wird an die Verantwortung gegenüber dem Abendland  
erinnert.

Es gibt also hierzulande mannigfaltige Verantwortungen gegenüber  
den verschiedenen Kasten und Ständen. Die Markt-Stände der Verantwor-  
tung wurden nun durch einen neuen Stand vermehrt: Anlässlich einer  
Tagung der Ufoologen - so nennen sich nicht die Mitglieder der neuen  
Rel., sondern die Angehörigen einer Vereinigung zur Erforschung unbe-  
kannter Flugobjekte, wie der Fliegenden Untertassen usw. - in Frank-  
furt am Main warnte die Ufo-Funktionärin, Frau Veit, die Presseleute  
bei ihrer Berichterstattung, "an ihre kosmische Verantwortung" zu  
denken, weil "unsere planetarischen Freunde sehen uns, auch das, was  
wir sprechen und was Sie in Ihren Zeitungen schreiben."

Zu den vielen Ständen, über die man aus der schon erwähnten Ver-  
antwortung nichts Kritisches sagen darf, hat sich nun noch der Stand  
der Ufoleute gesellt. Sollte es sich nicht bei den dauernden Appell  
an das Verantwortungsgefühl der Journalisten manchmal weniger um eine  
kosmische als um eine interessentbedingte komische Verantwortung handeln?

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel